angeboten, erhält man von Weisen die Antwort, das Indemnitätsgesuch habe in der vom Kaiser verlesene Thronrede nicht hineingepaßt und deshalb auch nicht in den Gesetzentwurf betr. den III. Nachtragsetat. Der Zustimmung zu einer Entschuldigungsbestimmung im Gesetze war das Greifbare in der einstündigen Rede des Reichskanzlers und sie ist, wie nun einmal die verspätete Einberufung des Reichstags beurtheilt wird, nicht ohne praktische Bedeutung. Die Empfindung des Grafen Bülow, daß seine entgegenkommende Erklärung der sie mit Lärm aufnehmenden conflictslüsternen Linken eine Enttäuschung bereite, war eine richtige. Im Uebrigen paraphrasirte der Kanzler, wie bemerkt, die Vergangenheit und mehrfach sich selbst, frühere eigene Ausführungen. Er versicherte, hierin wahrscheinlich unbewußt eine rasch verhallte Mahnung des Herrn v. Bennigsen in eine Zusage umschmelzend, die Hohenzollern würden nicht die Wege der Bonaparte gehen, er fügte hinzu, Deutschland gelüste es nicht, Vorsehung zu spielen, und es vergesse nicht, daß es seinen Mittelpunkt in Europa habe — „die Kinder, sie hören es gerne". Wenn etwas Besonderes aus dieser ersten Kanzlerrede des Grafen Bülow hervorgehoben werden soll, so sei es der leise und tactvoll, aber doch vernehmlich angeschlagene Ton des Bedauerns darüber, daß die Vertreter der Mächte in China im Frühjahr und noch im Sommer sich über den Ernst der dortigen Lage getäuscht. Das ist in der That ein ernstes Capitel, bei dessen künftiger Behandlung die Frage der speciellen Ausbildung der nach China zu entsendenden Diplomaten eine Rolle spielen wird. Ob, wie Graf Bülow meint, alle Europäer sich von den Ereignissen haben überraschen lassen, mag dahingestellt sein, jedenfalls war es bei allen Gesandten der Fall, auch bei den schon in Peking bestallten, und deshalb erübrigt es sich, aus dem verhältnißmäßig häufigen Gesandtenwechsel, der in Berlin beliebt wurde, besondere Schlüsse zu ziehen. Intelligenzen, das einzigartige Land mit seinen nach Anlage und Geschichte keine Vergleichungspunkte darbietenden Völkerschaften kennen und verstehen lernen, das wird die wichtigste Aufgabe der nach der Wiederherstellung einigermaßen geordneter Zustände in China wettbewerbslustig geblieben weißen Nationen sein. Vielleicht bekommen wir nach ihrer Erfüllung auch einen oder mehrere „Chinakenner" in den Reichstag. Gestern ließ sich keiner vernehmen, welche Feststellung gewiß keinen Vorwurf enthält. Herr Bebel, der als Schüler von Marx von Allem auf dem Erdenrunde weiß, wie es sich zugetragen hat und zutragen wird, und der zudem in den „Hunnenbriefen" gelehriger Laienbrüder unanfechtbare Quellen besitzt, spielte sich freilich als politisch und social perfecten Simelagen auf. Nur schade, daß die Wissenschaft und die gestaltspielerte Berserkerwuth des Agitators schon bis zum Ueberdruß im „Vorwärts" und in anderen socialdemokratischen Zeitungen angezeigt worden waren. Die Differenz zwischen dem bisher Geschriebenen und dem gestern Hinausgeworfenen bestimmte sich nach Vorschriften des Strafgesetzbuches, die im Reichstage nicht gelten. Das Wesentliche kannte man: die Verherrlichung der Mandarinen und Kulis als nachahmungswürdiger Culturträger, die Beschimpfung der deutschen Krieger, die in China „ärger als Hunnen und Vandalen" hausten u. s. w. Herr Bebel hatte das Mißgeschick, daß vor ihm der von langem Krankenlager wiedererstandene Dr. Lieber zum Worte gekommen war und die Kritik der „Nebengeräusche", gewisser kaiserlicher Reden, des Verhaltens des ausziehenden Grafen Waldersee, dazu noch von Angaben in Soldatenbriefen, die dem Redner begründet erscheinen, in einwandfreier Form aber recht eindringlich sich hatte angelegen sein lassen. Der Centrumsführer entfaltet sehr scharf zwischen den Kundgebungen von unverantwortlichen Stellen und der China-Politik des Auswärtigen Amts, die er in allen ihren Zielen und mit Worten persönlicher Anerkennung für den Grafen v. Bülow rückhaltlos billigte, „wie zu vermuthen war". Daneben nahm sich eine harte Anklage wegen Nichteinberufung des Reichstags wie die Anstandsrepresse eines Parteiführers aus, der Werth darauf legt, nicht für vollkommen gouvernemental zu gelten. Der neue Kanzler hat jedenfalls während dieser Rede das Gefühl gehabt, sich in der angenehmsten Temperatur zu befinden. Er hatte aber einzuheizen nicht unterlassen gehabt und sein gutes Wort „die Missionen sind uns zu heilig, als daß wir zurückweichen dürften", fand eine gute Stätte. Was Herr Lieber weiterhin etwas heiß kochte, Kostendeckung und vom Reichstag nicht genehmigte Reformationen betreffend, wird in der Commission und schließlich im Plenum erheblich abgekühlt genossen werden. Als vorletzter und letzter Redner trat gestern noch der Kriegsminister v. Goßler auf und zwar in der Hauptsache mit einem unglücklichen historischen Excurs, wegen dessen er heute, wo die Debatte fortgesetzt wird, wohl Einiges entgegenzunehmen haben wird. Der erste heutige Redner wird der Abg. Bassermann sein.

Zur Beschaffung von Flußkanonenbooten sollen auf Anordnung des Kaisers die von den deutschen Flottenvereinen im Auslande gesammelten Mittel nach Abzug bestimmter Summen verwandt werden. Die Deutschen im Auslande betheiligen sich andauernd mit zum Theil sehr stattlichen Beiträgen an den Sammlungen des Hauptverbandes deutscher Flottenvereine im Auslande. Von dem Vermögen dieses Verbandes, das zur Verfügung des Kaisers gestellt ist, wurde bekanntlich zunächst die Summe von 15 000 ℳ der Gesellschaft „Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der kaiserlichen Marine" überwiesen. Jetzt soll weiter eine feste Rücklage von 200 000 ℳ angelegt werden und das darüber hinausgehende Vermögen des Verbandes zur Beschaffung von Flußkanonenbooten dienen, deren erstes für die chinesischen Gewässer bestimmt ist. Dazu wird officiös geschrieben:

Die Höhe der zur Verfügung stehenden Summe reicht noch Abzug der erwähnten Reserve zunächst noch nicht hin, um ein solches Flußkanonenboot sofort zu bestellen. Die bisher bewiesene Opferwilligkeit und der so oft hervorgetretene Patriotismus der im Auslande lebenden Deutschen lassen jedoch erhoffen, daß die erforderliche Bausumme bereits im nächsten Jahre voll aufgebracht sein wird. Für die Annahme der Schenkung durch das Reich würde seiner Zeit verfassungsgemäß die Zustimmung des Reichstages herbeizuführen sein. Die Bestellung des Kanonenbootes und die Bauüberwachung wird der Staatssekretär des Reichs-Marineamts übernehmen, sobald der Hauptverband deutscher Flottenvereine im Ausland die erforderlichen Summen zur Verfügung stellen kann. Die auf diese Weise erfolgte Schaffung eines bestimmten Zieles für die Bestrebungen und Bethätigungen des Hauptverbandes deutscher Flottenvereine im Auslande wird sicher dazu beitragen, daß sich zahlreiche im Auslande lebende Deutsche diesem Vereine neu anschließen und so Gelegenheit nehmen, ihr Interesse an der aufstrebenden deutschen Seemacht zu bethätigen.

Der Gedanke, die außerhalb der Heimath gesammelten Gelder zum Ankauf von Flußkanonenbooten zu benutzen, die naturgemäß nur im Auslande und zum Schutze der dortigen deutschen Interessen verwendet werden können, führt jedenfalls die praktischste und zweckmäßigste Verwendung der von den Deutschen im Auslande bereit gestellten Mittel herbei.

Unter der Spitzmarke „Eine neue Hanger Friedensconferenz" wird uns aus Konstantinopel berichtet: Turkan Pascha, welcher als außerordentlicher türkischer Gesandter an das Hoflager des Zaren in Livadia geschickt und dort von Kaiser Nikolaus mit größter Auszeichnung behandelt worden war, hat dem Sultan einen im höchsten Grade überraschenden Bericht erstattet. Wie man in türkischen Regierungskreisen erzählt, erklärte der Zar seinem türkischen Gaste, es liege ihm durchaus fern, in der Kretafrage irgend eine Maßregel zu verlangen, welche mit den Wünschen des Sultans nicht übereinstimme und welche die Lage im Orient ungünstig beeinflussen könne. Er, der Zar, sei der entschlossenste Gegner jeder gewaltsamen Maßregel, welche den Boden friedlicher Verhandlung verlasse. Die Haager Friedensconferenz sei keineswegs Alles, was er im Interesse des Friedens zu thun gedenke. Sein anfänglicher Plan sei viel weiter gegangen, indem er eine Conferenz vorschlagen wollte, welche auch eine Reihe greifbarer Fragen lösen sollte. Nun freilich sei in Haag nur Theorie geübt worden; aber er hoffe, daß diese erste Conferenz bald eine Fortsetzung finden werde, umsomehr, als das Hinzukommen der großen chinesischen Streitfrage den Uebergang von der theoretischen Friedenspolitik zur praktischen dringend nothwendig mache. Auch die Frage, wie die Verhältnisse auf Kreta nach Ablauf der dreijährigen Verwaltungszeit des Prinzen Georg gestaltet werden sollen, könne auf der nächsten allgemeinen Conferenz entschieden werden. Und hoffentlich werde dieselbe auch mäßigend und versöhnend auf den beklagenswerthen Kampf in Südafrika einwirken. Die Erwägung aller dieser Fragen sei die hauptsächlichste Aufgabe, mit welcher er (der Zar) sich während seiner Zurückgezogenheit in Livadia beschäftige.

Deutsches Reich.

§§ **Berlin**, 19. November. (Reichsbeamte im Reichstage.) Der Reichskanzler Graf von Bülow hat folgende Verfügung über die Theilnahme von Reichsbeamten an den Plenarsitzungen des Reichstages erlassen: Nach meinen Wahrnehmungen sind bei wichtigeren Debatten im Reichstage die Plätze am Bundesrathstische des Sitzungssaales mehrfach derart überfüllt gewesen, daß der freie Verkehr unter den Bevollmächtigten zum Bundesrath erheblich erschwert wurde. Ich bestimme daher, daß den Plenarberathungen im Reichstage am Bundesrathstische nur diejenigen Reichsbeamten beizuwohnen haben, welche für die Gegenstände der betreffenden Tagesordnung dem Reichstagspräsidium als Commissare des Bundesraths bezeichnet oder von einem Bundesrathsbevollmächtigten ausdrücklich zur Theilnahme aufgefordert worden sind.

△ **Berlin**, 19. November. Die Abgg. Dr. Hasse und Graf Arnim haben im Reichstage folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, zur Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit und in demselben

a. die Vorschriften über den Verlust der Staats- und Reichsangehörigkeit dahin abzuändern, daß ein Deutscher diese Rechte in der Regel nicht gegen seinen Willen verlieren kann, insbesondere, daß die Bestimmungen des § 21 des genannten Gesetzes über den Verlust dieser Rechte durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande aufgehoben werden,

b. der Wiedererwerb der Reichsangehörigkeit seitens früherer deutscher Reichsangehöriger und die Naturalisation von Nachkommen von Deutschen erleichtert,

c. dagegen die Naturalisation von Ausländern erschwert wird.

Bereits im Jahre 1894 hatten die Abgg. Dr. Hasse und Graf Arnim einen ähnlichen Antrag (Nr. 36) eingebracht, der am 6. März 1895 im Reichstage verhandelt und nur mit ganz geringer Mehrheit abgelehnt worden war. Dieselben Abgeordneten hatten im Jahre 1898, unterstützt durch die Mehrheit der Abgeordneten der nationalliberalen und freiconservativen Partei, zur Ausführung dieser Idee einen förmlichen Gesetzentwurf als Initiativantrag eingebracht, der zwar im Reichstage nicht behandelt worden ist, aber in der Literatur und Presse eingehende Berücksichtigung gefunden hat. Die aus dem Auslande fortgesetzt eingehenden Klagen über die vorliegenden Mißstände haben jetzt zur Wiederaufnahme der gesetzgeberischen Anregung geführt. Es erschien dabei aber zweckmäßig, von der Einbringung eines förmlichen Gesetzentwurfs abzusehen und die Initiative hierfür der Reichsregierung zu überlassen.

— Wie in Hannover verlautet, wird der Kaiser in der zweiten Woche des December daselbst eintreffen, um von dort aus nach Springe zu fahren, wo im Saupark die diesjährige zweitägige Hofjagd abgehalten wird. Mit dem Aufenthalt in Hannover soll ein Besuch des Hoftheaters verbunden werden. Wie es heißt, wird der Kaiser einer Vorstellung der Strauß'schen „Fledermaus" beiwohnen und wahrscheinlich an einem zweiten Abend ein historisches Schauspiel sehen.

— Einen Beitrag zur lex Heinze dürfte das an die Direction des Passage-Panoptikums ergangene Gebot des Berliner Polizeipräsidenten bilden, bestimmte im Museum des Panoptikums ausgestellte Präparate zu entfernen. Begründet war die betreffende Verfügung damit, daß durch diese Ausstellung die öffentliche Sittlichkeit gefährdet werde. Der Bezirksausschuß zu Berlin, bei welchem die Direction Klage auf Zurücknahme der polizeilichen Verfügung erhob, theilte die Auffassung des beklagten Polizeipräsidenten nicht, sondern nahm auf Grund des vom Physikus Dr. Schulz erforderten Gutachtens vielmehr an, daß die ausgestellten Präparate den Beschauern Belehrung bieten, und daß das ganze Museum dem Interesse der Wissenschaft diene. Es könne daher von einer Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit nicht die Rede sein. Der Klage wurde stattgegeben und die angefochtene Polizeiverfügung aufgehoben. Hierbei beruhigte sich der Polizeipräsident nicht, sondern legte mit dem Antrage, einen anderen medicinischen Sachverständigen über den Werth der ausgestellten Präparate zu hören, Berufung ein, und der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts beschloß, von einer medicinischen Autorität ein Gutachten einzufordern.

— Der Rector des katholischen Deutschen Hospizes in Jerusalem, Pater Schmidt, hatte in einem herzlich und patriotisch geschriebenen Brief dem Reichskanzler Grafen Bülow über den erhebenden Verlauf der Feier der Grundsteinlegung zur Maria-Heimgangskirche auf der Dormition berichtet. Graf Bülow antwortete mit nachstehendem Schreiben:

Hochwürdigster Vater!

Mit der so warmen und lebendigen Schilderung der Vorgänge bei der Grundsteinlegung zu der Dormitionskirche, welche Sie mir in Ihrem gütigen Schreiben vom 18. d. Mts. zugehen ließen, haben Sie mir eine große Freude bereitet. Ich hatte zwar schon durch einen Bericht des Consuls Rosen erfahren, wie glücklich und verheißungsvoll die Feier verlaufen ist, allein es war mir lieb und werthvoll, diese Meldung auch noch von so competenter Seite, wie Sie, hochwürdiger Herr, dies für mich sind, bestätigt zu erhalten. Ihre Zeilen haben die Erinnerung an die unvergeßliche Kaiserreise wieder in mir wachgerufen und mit reger Theilnahme sehe ich, wie unsere kirchlichen Interessen im heiligen Lande wachsen und wie dieselben in Ihnen einen ebenso hingebenden als erfolgreichen Pfleger und Förderer finden. Meine besten Wünsche begleiten alle Ihre Schritte. Gemeinsam mit Ihnen hoffe ich zu Gott, daß es uns vergönnt sein möge, das hehre und fromme Werk unseres Kaisers zu Ende geführt und mit Erfolg gekrönt zu sehen.

Ich verbleibe wie stets Euer Hochwürden
aufrichtig ergebener

Bülow.

— In den Kreisen der Lehrerschaft beginnt sich vielfach die Meinung Bahn zu brechen, daß man von einem Falk-Denkmal überhaupt absehen möge, dafür aber eine Falk-Stiftung errichten solle. Die Ausschußvertreter der Preußischen und des Deutschen Lehrervereins sind in einer gemeinsamen Berathung kürzlich dahin schlüssig geworden, die ganze Angelegenheit dadurch auf eine unantastbare Grundlage zu stellen, daß sie den Einzelvereinen schleunigst zur Berathung vorgelegt wird. Diese haben nun zu entscheiden, wie die Lehrerschaft Falk ehren soll: durch ein Denkmal oder eine Stiftung, und was die Mehrheit der Vereine beschließt, wird maßgebend sein.

— Die „Tägliche Rundschau" schreibt: „Die Kohlennoth macht sich jetzt am deutlichsten bemerkbar in den Gasanstalten, in denen zu bestimmten Stunden der Koksabfall, von dem das Hektoliter 25 ₰ kostet, ausgegeben wird. Nicht zu Hunderten, nein, zu Tausenden stehen Männer, Frauen und Kinder zusammen, oft stundenlang, um ja nicht den Augenblick zu verpassen, an dem die Ausgabe erfolgt. In der Gasanstalt in der Greifswalderstraße z. B., wo die Ausgabe in frühester Morgenstunde erfolgt, werden die Thore schon Morgens zwischen 2 und 3 Uhr von den ersten Wartenden besetzt. So halten die armen Frauen und Kinder stundenlang aus, um für wenige Pfennige etwas Heizmaterial zu erhalten. Und nicht nur aus Berlin kommen diese armen Leute, sondern noch mehr aus Pankow, Weißensee, Niederschönhausen und noch weiter abliegenden Ortschaften, die meisten mit einem klapprigen Kinderwagen, viele auch nur mit einem Sack oder einem Korbe."

— Die Criminalpolizei hält augenblicklich, wie dem „Dziennik Poznanski" geschrieben wird, bei den polnischen Studenten in Berlin Haussuchungen ab; es soll sich hierbei um geheime Verbindungen handeln.

— Der russische Unterrichtsminister Bogolepoff hat sich nach mehrtägigem Aufenthalt hier nach Petersburg begeben.

— Der deutsche Botschafter am Wiener Hofe Fürst Philipp zu Eulenburg-Hertefeld und seine Gemahlin Fürstin Augusta, geb. Freiin v. Sandels, feiern morgen das Fest der silbernen Hochzeit. Der Ehe entstammen drei Söhne und drei Töchter.

* **Aus Mecklenburg-Strelitz.** Die mecklenburg-strelitzsche Regierung hat, wie die „Rostocker Ztg." meldet, die Regelung des Diensteinkommens und der Pension der Lehrer abgelehnt.

* **Potsdam**, 19. November. Ein Dankschreiben der Kaiserin wurde in der letzten Stadtverordneten-Versammlung zu Potsdam verlesen. Es lautet:

„Der Magistrat und die Stadtverordneten von Potsdam haben Mir, wie immer, so auch in diesem Jahre der Jahrhundertwende durch ihre herzlichen Segenswünsche zu Meinem Geburtstag eine große Freude bereitet. Ich weiß, mit welcher Treue die städtischen Behörden und die Bürgerschaft Potsdams an ihrem Königshause hängen, und wie sie auch im vergangenen Jahre an allen ernsten und freudigen Ereignissen in Meiner Familie innigen Antheil genommen haben. Mit besonderer Dankbarkeit und Freude erfüllt Mich die Versicherung des Magistrats und der Stadtverordneten, nicht nachlassen zu wollen in der Förderung aller kirchlichen und Wohlthätigkeits-Bestrebungen. In opferbereiter Weise haben die städtischen Körperschaften bei unserem gemeinsamen Wirken auf diesen Gebieten stets bewiesen, daß ihnen neben der Fürsorge für das äußere Gedeihen der Stadt und der Linderung der leiblichen Noth, auch die Hebung der religiösen und sittlichen Zustände als heilige Pflicht am Herzen liegt. So möge sich Potsdam weiterhin in derselben treuen, gemeinsamen Arbeit entwickeln, Gottes Segen wird dann nicht fehlen."

* **Posen**, 19. November. Der vom Erzbischof v. Stablewski zurückgewiesene Candidat der Deutsch-Katholiken in Meseritz Propst v. Krzesinski ist nach den „Pos. Neuest. Nachr." an einem schweren Nervenleiden erkrankt und wird eine längere Urlaubsreise nach dem Süden zur Wiederherstellung seiner Gesundheit antreten. — Ob er wiederkehrt?

* **Breslau**, 19. November. Der hiesige Kaufmann Spindler, der durch einen merkwürdigen Zufall das Attentat in dem Augenblicke, als gerade die Frau Schnapka mit dem Beile zum Wurf ausholte, mit seinem Amateur-Apparat photographisch aufgenommen, ist, wie gemeldet wird, von der Polizei ersucht worden, das Bild nicht in die Oeffentlichkeit zu bringen, und hat sich bereit erklärt, diesem Wunsche nachzukommen. Dem Ersuchen der Polizei liegen theils persönliche Erwägungen des Polizeipräsidenten, theils Aeußerungen des Herrn v. Lucanus zu Grunde, daß sich der Kaiser durch die Verbreitung des Bildes unangenehm berührt fühlen würde.

⊙ **Köln**, 19. November. Wie in der heutigen Generalversammlung des deutschen Vereins vom heiligen Lande mitgetheilt wurde, sollen ein neues großes Pilgerhaus und eine deutsche Schule in Jerusalem gebaut werden. Die deutschen Jerusalempilger haben während der Reise vom heiligen Lande nach der Heimath bereits 15 000 ℳ zu diesem Zwecke gesammelt, auch ist in Köln eine Sammelstelle gebildet worden. Erzbischof Dr. Simar theilte der Versammlung mit, daß der Papst habe Worte der Anerkennung für die Thätigkeit des Vereins gesprochen habe, insbesondere für die bei dem großen Werke, die Kirche Mariä Heimgang auf dem Sion und das Paulushospiz vor dem Damaskus-Thor, von denen er sich Skizzen habe vorlegen lassen.

* **Straßburg**, 19. November. Eine in Gebweiler unter dem Vorsitze des Reichstagsabgeordneten Pfarrer Rößlinger abgehaltene Versammlung der Präsides der oberelsässischen katholischen Männer- und Jünglings-Vereine hat beschlossen, im Anschlusse an die katholischen Arbeiter-Vereine des Oberelsaß eine gewerkschaftliche Organisation nach dem Muster der rheinisch-westfälischen katholischen Gewerkschafts-Organisationen ins Leben zu rufen.

* **München**, 19. November. Der Prinz-Regent hat an den Minister des Innern folgendes Handschreiben gerichtet:

„Mein lieber Staatsminister Freiherr v. Feilitzsch! Mehrfachen Mittheilungen in der Presse habe Ich entnommen, daß für Mein bevorstehendes 80. Geburtsfest Ehrungen verschiedener Art geplant sind. So sehr es Mich nun erfreut, zu sehen, wie allerthalben im Lande sich das Streben zeigt, Mir an diesem Tage besondere Beweise der Liebe und Anhänglichkeit zu geben, widerstreitet es doch Meinen Gefühlen, denselben mit außergewöhnlichem äußeren Gepränge zu begehen. Insbesondere ist es Mein ausdrücklicher Wunsch, daß von der Darbringung von Geschenken und Huldigungsgaben abgesehen werde. Dagegen wiederhole Ich gerne, wie Ich die Absicht, zur dauernden Erinnerung an Mein 80. Geburtsfest eine allgemeine Landesstiftung für gemeinnützige und wohlthätige Zwecke zu errichten, sehr freudig begrüße. Ich beauftrage Sie, Vorstehendes in geeigneter Weise zu veröffentlichen und die I. Regierungspräsidenten anzuweisen, dahin zu wirken, daß alle Unternehmungen, welche diesen Meinen Intentionen nicht entsprechen, unterlassen werden mögen.

Mit huldvollen Gesinnungen bin Ich stets

München, 17. November 1900.

Ihr sehr geneigter
(gez.) Luitpold, Prinz von Bayern."

Die I. Regierungspräsidenten sind angewiesen worden, zum Vollzug dieser Willensmeinung ungesäumt das Weitere einzuleiten. — Die „Allgem. Ztg." bringt folgende für gewöhnliche Sterbliche recht mysteriöse Andeutung: Unserm Königshause steht bestem Vernehmen nach in einigen Monaten ein freudiges Ereigniß bevor, an dem das ganze Land innigsten Antheil nehmen wird.

Oesterreich-Ungarn.

Vom Hofe.

* **Wien**, 19. November. Die Erzherzogin Maria Valeria, die Gemahlin des Erzherzogs Franz Salvator, ist heute von einer Prinzessin glücklich entbunden worden.

Frankreich.

Ordensschacher? Reform der Getränkesteuer.

* **Paris**, 19. November. (Kammer.) Abg. Rivet wünscht, an die Regierung eine Interpellation zu richten über das Gerücht, daß durch die Vermittelung von Beamten Ordensauszeichnungen verliehen worden seien. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau schlägt vor, sofort in die Besprechung der Interpellation einzutreten. Rivet ersucht alsdann die Regierung um Aufklärungen. Der Colonialminister Decrais erwidert, es handle sich um eine schwere Beschuldigung, der die Ehre eines im politischen Leben stehenden Mannes antaste. Man sage, die Auszeichnungen seien durch Vermittelung einer ihm sehr nahe stehenden Persönlichkeit, und zwar gegen Geldentschädigung, verliehen worden. Diese Beschuldigung sei falsch. Das erkläre er feierlich. (Beifall links.) Der Minister rechtfertigt alsdann die verliehenen Auszeichnungen und setzt auseinander, aus welchen Gründen sie erfolgt seien. Der Minister schließt: So lange er im Amte sei, hätten die Nationalisten ihn nicht mit Angriffen verschont. In dieser Angelegenheit habe man eine abgefeimte Grausamkeit zur Anwendung gebracht. Er habe nur einen Richter, die Kammer; er erwarte ihr Urtheil mit Vertrauen. (Andauernder Beifall.) Sodann setzt der Handelsminister Millerand seinerseits auseinander, unter welchen Verhältnissen die in Rede stehenden Auszeichnungen verliehen worden seien. (Erneuter Beifall.) Drumont erklärt, die Artikel der „Libre Parole" über die Ordensverleihungen rührten nicht von ihm her. (Zurufe links.) Diejenigen, die sich beklagten, hätten die Mittel, um zu ihrem Rechte zu kommen. Diese bestünden darin, die Angelegenheit zum gerichtlichen Austrag zu bringen. Drumont schlägt vor, eine Untersuchung einzuleiten. Millevoye ist der Meinung, Decrais solle die Anklage vor dem Schwurgerichte verfolgen. Der Ministerpräsident erklärt das Gerücht, es habe Jemand Klage bei der Staatsanwaltschaft eingereicht, weil er für einen Orden 25 000 Francs bezahlt habe, für falsch. Seit drei Tagen habe er vergeblich diese Persönlichkeit suchen lassen. (Beifall.) Der Ministerpräsident betont sodann, der Verleumdungsfeldzug werde gegen die Regierung geführt, in der Hoffnung, daß dabei etwas hängen bleiben werde. (Beifall.) Es sei die Politik der Regierung, über die man sich ärgere. Gewisse Ereignisse, gewisse Debatten seien demnächst zu erwarten. Die Regierung zeige nicht umsonst gewissen Leuten die Degenspitze. Man könne der Regierung die Dolchspitze weisen, werde sie aber dadurch nicht erschrecken. (Anhaltender Beifall.) Hierauf wird die Debatte geschlossen. Rivet bringt eine Tagesordnung ein, die der Regierung das Vertrauen der Kammer ausspricht. Dieselbe wird von Waldeck-Rousseau angenommen und von der Kammer mit 379 gegen 31 Stimmen genehmigt. (Wiederholt.)

* **Paris**, 19. November. (Deputirtenkammer. Schluß.) Die Kammer nimmt die Verhandlung über die Reform der Getränkesteuer wieder auf. Vallant bringt eine Gegenvorlage ein, wonach alle Auflagen auf Weine, Bier und Obstweine aufgehoben und durch das Erträgniß des Alkoholmonopols ersetzt werden sollen. Der erste Theil dieser Gegenvorlage, welcher die Aufhebung aller Auflagen auf Weine, Bier und Obstweine ausspricht, wird trotz des Widerspruches der Commission mit 250 gegen 241 Stimmen angenommen und die Sitzung sodann geschlossen.

Dänemark.

Maßenausflug englischer Studenten nach Dänemark.

I. C. **London**, 18. November. Die fortschrittliche Studentenvereinigung der Universität Kopenhagen hat, um in England die Meinung zu zerstören, daß das gesammte dänische Volk aus Freundschaft für Rußland feindselige Gefühle gegen England hegt, für nächstes Frühjahr 200 Studenten aller britischen Hochschulen eingeladen. Dieselben sollen auf einem dänischen Dampfer nach England abgeholt und in Dänemark vollständig auf Kosten der Studentenvereinigungen verpflegt werden. Die britischen Universitäten wollen deshalb einen gemeinsamen Ausschuß einsetzen, welcher die zu entsendenden Abordnungen aller Landesuniversitäten auswählen und ein Programm aufstellen soll, in welcher Weise britischerseits die Freundschaft und Hochachtung für Dänemark zum Ausdruck zu bringen ist.

Orient.

Der Mord- und Complottproceß.

* **Bukarest**, 19. November. (Fortsetzung.) In der heutigen Verhandlung sprachen der Erste Procurator Miclesco und der Generalprocurator Ciocarbia. Jener hält die Klage gegen Jlieu und Complicen wegen der Ermordung Fitowski's aufrecht. Der Generalprocurator vertritt die Anklage gegen Dimitrow wegen der Ermordung Michaileanus, sowie wegen der Theilnahme an der Verschwörung gegen König Carol. Miclesco führt aus, dem Charakter der Rumänier seien keine politischen Verbrechen zuzumuthen; Ausländer, die in Rumänien die weitestgehende Gastfreundschaft genossen hätten, hätten Verbrechen begangen; er identificirt aber das bulgarische Volk nicht mit den Mördern. Redner bezeichnet Sarafow als den moralischen Urheber beider Morde und des Complotts und giebt eine Geschichte der bulgarischen Geheimcomités. Ciocardia nennt Dimitrow einen gemeinen Mörder; seine Bestrebungen zu Sarafow seien erwiesen. Auch er betont, daß Rumänien das bulgarische Volk nicht als solchen mit den Mördern ansehe. Nachdem sodann noch der Vertheidiger Mitew's für mildernde Umstände plaidirt hat, wird die weitere Verhandlung auf morgen vertagt.

Unter deutschem Schutz; Demissionsgerücht.

* **Wien**, 19. November. Die „Politische Correspondenz" meldet aus Konstantinopel: Der Minister des Aeußeren Tewfik Pascha hat dem Großvezirate den Vorschlag unterbreitet, den Schutz der in Japan lebenden türkischen Unterthanen Deutschland anzuvertrauen.

* **Sofia**, 19. November. Die „Agence Bulgare" bezeichnet die Meldung von der Demission des Finanzministers Teneff als vollständig unbegründet.

Amerika.

Englisch-columbischer Zwischenfall.

* **New York**, 19. November. (Reuter's Bureau.) Eine aus Panama über Kingston hier eingegangene Depesche berichtet: Die Regierung von Columbien nahm den britischen Dampfer „Taboga" weg, brachte 100 Soldaten an dessen Bord und sandte diese von Panama nach Buenaventura. Der britische Consul hat telegraphisch seine Regierung um die Entsendung eines Kriegsschiffes gebeten. Es herrscht allgemeine Besorgniß wegen der Lage der Dinge. Das Kriegsrecht wird streng durchgeführt.

Deutscher Reichstag.

* Die Rede des Abg. Dr. Lieber in der gestrigen Reichstagssitzung ist uns nur in einem kurzen Auszug telegraphirt worden und deshalb nicht voll zu ihrem Rechte gekommen. Wir tragen sie hier ausführlich nach:

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Die eben vernommene Rede hat wohl den größten Theil von uns mit lebhafter Befriedigung erfüllt. Mit den klargelegten Zielen unserer Politik, die maßvoll und bestimmt aufgestellt und innegehalten wurden, sind meine politischen Freunde ebenso einverstanden, insbesondere damit, daß an eine Aufteilung Chinas nicht gedacht wird, ebenso mit dem deutsch-englischen Abkommen und mit den Darlegungen unseres erfreulichen Verhältnisses zu Rußland. Die Mobilmachung zu Wasser und zu Lande, die Haltung unserer Truppen in China sind glänzende Leistungen. Wir erblicken darin eine sichere Gewähr für die Tüchtigkeit der Verwaltungen unseres Heeres und unserer Marine.

Aber hier schon muß ich bedauernd der bisher nur privaten Nachrichten gedenken, über vorgekommene Massenmorde und Grausamkeiten.

Der wichtigste Punct der ganzen Vorlage für uns als politische Partei ist die Frage der Indemnität. Bereits die Thronrede